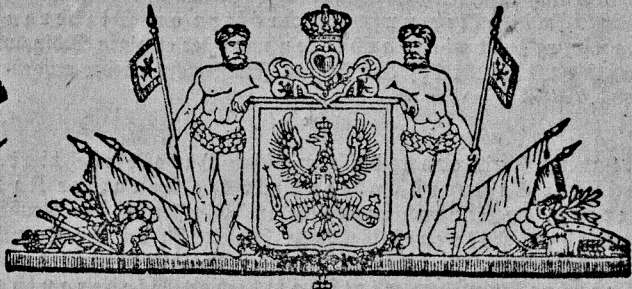


# Wossische



# Zeitung

70 Pfennig

(Ausland: 1.50 Mark)

Begründet

1704

Mit  
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw.  
Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau Berlin Unverlangte  
Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852.  
Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Tele-  
gramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

## Der Schulkonflikt.

Das kommende Reichsschulgesetz bildet naturgemäß ein Gemisch auf dem Wege einer Regierung, in der eine konfessionelle und in dieser Hinsicht entschieden rechts gerichtete Partei wie das Zentrum mit den kirchlich-liberalen Demokraten und mit der Sozialdemokratie zusammenschließt. Besonders scharf ist der Gegensatz natürlich zwischen den beiden Flügelparteien. Es hat zwar den Anschein, als wenn sich allmählich eine Ueberbrückung der Kluft zwischen Zentrum und Sozialdemokratie auch in dieser Beziehung anbahnt und zwar dadurch, daß die Sozialisten mehr und mehr Verständnis für religiöse Fragen überhaupt gewinnen. Diese ganze Entwicklung hat das Zentrum jetzt gestört. Es hat den Sozialdemokraten eine schmerzliche Enttäuschung bereitet. Aber auch zwischen den Demokraten und dem Zentrum hat sich bei dieser Gelegenheit der grundsätzliche Gegensatz wieder aufgetan.

Man sah der Beratung des Reichsschulgesetzes längst mit gewissen Besorgnissen entgegen, denn in Schulfragen pflegen die Geister begreiflicherweise noch mehr aufeinander zu schlagen als in kirchlichen Angelegenheiten. Ueber die Kirche läßt auch die Sozialdemokratie noch eher mit sich reden, weil man mit ihr nicht unbedingt in Berührung zu kommen braucht; die Schule kann und will keiner umgehen, und da stoßen die entgegengesetzten Interessen hart aufeinander. Schon bevor der Entwurf zustande kam, noch vor der Einigung über den Artikel 146 der Reichsverfassung hat es langer Verhandlungen bedurft. Das Ergebnis war nach vielen Schwierigkeiten das Weimarer Kompromiß zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten. Danach sollte die gesamte Grundlage des Schulwesens eine für alle gemeinsame Grundschule bilden, doch sollten auf Antrag von Erziehungsberechtigten innerhalb der Gemeinden Volksschulen eines Bekenntnisses oder einer Weltanschauung, also auch Bekenntnisfreie oder weltliche Schulen, eingerichtet werden. Die Simultan- oder Gemeinschaftsschule war demnach als Regel gedacht. Das war ein Zugeständnis, das damals sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie den Demokraten gemacht haben, um diese für das Kompromiß zu gewinnen. Denn eigentlich lag ja dem Zentrum vor allem an der konfessionellen Schule und der Sozialdemokratie an der konfessionslosen. Die Sozialdemokraten verzichteten aber auf Gleichberechtigung ihrer Lieblingsschule mit der Simultanschule, weil auch die ihnen peinliche Bekenntnis-schule in die zweite Linie trat, und umgekehrt wurde dem Zentrum sein Verzicht erleichtert, da auch die konfessionslose Schule hinter der Gemeinschaftsschule zurückstehen mußte. Diese Regelung ist im Artikel 146 der Verfassung niedergelegt, und seither ist in einem Hamburger Streitfall eine Reichsgerichtsentscheidung ergangen, wodurch bestätigt wurde, daß die Gemeinschaftsschule nach der Verfassung die Regel bilde.

Inzwischen ging man an die Ausarbeitung des Entwurfs zum Reichsschulgesetz, die abermals lange Zeit in Anspruch nahm, da sie fortlaufend verwickelte Erörterungen nötig machte, und endlich war man jetzt soweit, daß die Vorlage im Ausschuss zur Beratung kam. Gestern hat nun die erste entscheidende Abstimmung über den grundlegenden Paragraphen 1 stattgefunden und — sofort war der Bruch des Kompromisses da!

Das Zentrum hat mit den Deutschnationalen und der Volkspartei zusammen alle Anträge der Demokraten und Sozialdemokraten niedergestimmt und durchgesetzt, daß die drei Schularten gleichberechtigt nebeneinander stehen und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten erhalten sollen. Man mußte schon nach den Kommissionsverhandlung der letzten Zeit darauf gefaßt sein, dennoch macht jetzt die Tatsache bei den Beteiligten, namentlich den beiden benachteiligten Parteien, den Sozialdemokraten und Demokraten, starken Eindruck.

Daß in diesem Falle eine Regierungspartei, das Zentrum, gegen die anderen Regierungsparteien und gegen die Vorlage der Regierung mit zwei Parteien zugestimmt hat, die nicht der Regierung angehören, und von denen die eine sogar in schärfster Opposition steht, das ist noch das wenigste. Aber auch um der Sache willen sind die beiden anderen Regierungsparteien schwer verstimmt. Denn das Zentrum hat damit die mittlere Linie verlassen, auf der sich die drei Mittelparteien unter Abwägung ihrer verschiedenen sachlichen Auffassungen vereinigt hatten, und es handelt sich um eine Verfassungsverletzung, aus der die Reichsregierung nach ihren geistigen Erklärungen unter Umständen die Konsequenz zieht, daß die ganze bisherige Arbeit an der Lösung dieser dringlichen Frage hinfällig wird. Die Sozialdemokraten machen im besonderen geltend, daß die ihnen am Herzen liegende Bekenntnisfreie Schule bisher noch gar nicht gefehlt ist, während die beiden anderen Schularten längst gefehlende Grundlagen haben. Sie erklären deshalb, am wenigsten eine Verzögerung des Gesetzes hinnehmen zu können, da die konfessionslose Schule nicht länger in der Luft schweben dürfe. Die „Sozialistische Korrespondenz“ deutet an, daß mit Schulstreiks der Arbeiterkinder in den Großstädten zu rechnen sei, und sie verlangt, daß die Reichsregierung dieser Möglichkeit durch Vorlegung eines Notgesetzes, das die Bekenntnisfreie Schule für das Reich ein-

führe und ihr die Gleichberechtigung mit anderen Schularten zuspreche, sofort vorbeuge. Wir möchten hoffen, daß diese Maßnahme nicht nötig wird und daß nicht die ganze schon geleistete Arbeit am Reichsschulgesetz vergeblich gewesen ist. Ein Kommissionsbeschluss ist ja nichts Endgültiges. —th.

## Einigung in der Liquidationsfrage.

Ein polnischer Vorschlag.

Wie wir von zuverlässig unterrichteter Seite erfahren, dürften die Polen in der oberschlesischen Liquidationsfrage folgenden Ausgleichsvorschlag machen, der angeblich Aussicht haben soll, von Deutschland angenommen zu werden.

Die in den an Polen fallenden Teil Oberschlesiens gelegenen Unternehmungen der deutschen Großindustrie, ihre Betriebsstätten, ihre Aktien, ihre Anteile usw. bleiben (vorbehaltlich des Falls der „Sabotage“) für 15 Jahre von jeglicher Liquidation in irgendeiner Form befreit.

Darüber, ob nach Ablauf der Frist von 15 Jahren die in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens gelegenen Werke der deutschen Großindustrie liquidiert werden dürfen, entscheidet drei Jahre nach Uebernahme dieses Gebietes an Polen ein Schiedsgericht, wenn nicht Polen bis dahin mit den in diesem Gebiet gelegenen Unternehmungen der deutschen Großindustrie Uebereinkommen getroffen hat, durch welche die Polen eine ausreichende Beteiligung an diesen Unternehmungen und einen hinreichenden Einfluß auf sie erreichen.

Außerdem werden von jeder Liquidation auch nach 15 Jahren in jedem Falle diejenigen in dem an Polen fallenden Teile Oberschlesiens gelegenen Unternehmungen der deutschen Großindustrie, ihre Betriebsstätten, ihre Aktien, Anteile usw. befreit sein, in denen innerhalb dreier Jahre nach Uebergabe dieses Gebietes an Polen ein vertraglich festzustellendes Verhältnis zwischen dem deutschen und dem polnischen oder folchem nicht-deutschen Kapital getätigt wird, dessen Beteiligung an den in Frage stehenden Unternehmungen der polnische Staat genehmigt.

## Amerikas Einspruchsrecht in Genua.

### Selbendmachung der Russland-Forderungen.

Funktpruch der „Wossischen Zeitung“.

\* Washington, 6. April.

Hier wurde heute amtlich bekannt gegeben, daß, wenn es den Alliierten gelingen sollte, auf der Konferenz von Genua ein Abkommen über die Fundierung der auswärtigen Schulden Russlands zu treffen, die amerikanische Regierung entschlossen ist, eine Beteiligung unter Wahrung ihrer vollen Gleichberechtigung mit den anderen Ententemächten zu fordern. Nach hiesiger amtlicher Auffassung kann in Genua, obwohl Amerika dort nicht offiziell vertreten sein wird, kein Abkommen zugunsten der Gläubiger Russlands getroffen werden, das den amerikanischen Interessen nicht entspricht.

Obwohl die amerikanische Regierung keineswegs optimistisch über die Aussichten denkt, sofortige Zahlungen auf die russischen Schulden in Amerika zu erhalten, hält sie es für erforderlich — nach Analogie ihrer Politik bezüglich der Besatzungskosten —, auch auf diesem Gebiete ihre Forderungen aufrechtzuerhalten, damit die Ententemächte sich davon Rechenschaft ablegen, daß sie nicht in der Lage sind, irgend etwas zu ihren eigenen Gunsten zu beschließen ohne die Zustimmung Amerikas. Der Beobachter Amerikas auf der Genueser Konferenz, der Botschafter in Rom, Childs, wird sein wirksames Aufsichtsrecht vor allem auf die 300 Millionen Dollar fükhen, die Russland Amerika schuldet.

### Um den Bloß der Neutralen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

e Bern, 6. April.

In der gestrigen Rede, die Bundesrat Schultheß zur Eröffnung der neutralen Konferenz gehalten hat, ist allgemein ein gewisser Widerspruch aufgefallen, den auch die wenig sagenden offiziellen Mitteilungen über die Sitzung nur schlecht verschleiern. Bundesrat Schultheß sagte nämlich einerseits, daß die früheren Neutralen keineswegs eine geschlossene Gruppe für die Konferenz von Genua bilden wollen, was offenbar erklärt wurde, um die unzähligen großen und kleinen Besorgnisse der Großen und der Kleinen der Entente wegen dieser neutralen Konferenz zu zerstreuen, und er sagte andererseits klar und deutlich, daß die Neutralen so viele gemeinsame Berührungspunkte hätten, daß sie gut daran täten, sich vor einer solchen europäischen Konferenz über den Wiederaufbau Europas miteinander zu verständigen. Wenn das Wort „sich verständigen“ einen Sinn haben soll, so wird es gleichwohl nichts anderes heißen können, als in bestimmten Fragen eine geschlossene Gruppe zu bilden.

Diese Absicht hat denn auch der Konferenz von vornherein die offen kundgegebene Feindschaft der Entente und besonders Frankreichs zugezogen, wodurch sich aber die Mehrheit der hier versammelten Neutralen kaum abhalten lassen wird, ihre berechtigten Ziele zu verfolgen. Nach Aeußerung eini-

ger neutraler Konferenzteilnehmer ist man in den Kreisen der neutralen Delegationen mehr denn je davon überzeugt, daß die Neutralen nochmals Europa und damit der Welt einen großen Dienst leisten können, wenn sie sich jetzt ebenso wenig, wie während des Krieges, ins Schlepptau der einen oder anderen Partei nehmen lassen. Sie sind daher — das darf man trotz aller Zurückhaltung der Einberufer und der immerhin ziemlich auseinander gehenden Meinungen der Teilnehmer der Konferenz als ihre übereinstimmende Ueberzeugung feststellen — fest entschlossen, sich weder durch die Schmeicheleien von der einen, noch durch die allzu betonte Skepsis von der anderen Seite von der energischen Betonung ihrer Interessen abbringen zu lassen, die für einen großen Teil natürlich mit den Interessen des europäischen Wiederaufbaues zusammenfallen.

Trotz des Dementis, das gestern abend die offiziöse Schweizer Depeschagentur allen Meldungen entgegensetzte, die von der Rolle der Reparationsfrage in den Beratungen der Schweizer Sachverständigen berichtet hatten, bleibt es dennoch wahr, daß diese Fragen von den Sachverständigen, wie auch übrigens ihre selbstverständliche Pflicht war, in den Bereich der Erörterungen gezogen werden, und zwar in dem von mir bereits vor einigen Tagen berichteten Sinne. Man kann zwar der Konferenz von Genua verbieten, daß einer der beteiligten Herren an der Reparationsfrage rühre, aber man kann nicht verhindern, daß ihrer Verantwortung bewußte Sachverständige sie in den Bereich ihrer Betrachtungen ziehen.

Heute nachmittag wird im Nationalrat die Interpellation des Genfer Abgeordneten de Rabours zur Sprache kommen, die dem Bundesrat Motta Gelegenheit geben soll, in einer großen Rede die schweizerische Ansicht über die Konferenz von Genua darzulegen.

Für den neu zu ernennenden Schweizer Gesandten in Berlin, Dr. Carlin, ist, wie wir hören, nunmehr bei der deutschen Regierung offiziell das Agrement nachgesucht worden. Die Ernennung dürfte daher nicht mehr lange auf sich warten lassen.

## Wirtschaftsbund der Angelsachsen?

Englisch-amerikanischer Schuldenvergleich.

Paris, 6. April. (E. E.)

Der Londoner Korrespondent des „New York Herald“ meldet: Am Vorabend der Konferenz von Genua haben die Engländer die Absicht, eine Wirtschaftsentente mit Amerika anzuschließen, um auf dieser Grundlage dem Wirtschaftsfrieden der Welt künftighin die Richtlinien zu weisen. In diesem Zusammenhang sei die englische Note an die Alliierten wegen künftiger Bezahlung der Schulden für die Kriegsanleihen zu verstehen. Die Konferenz von Genua würde gegenüber dieser Tatsache, daß eine englisch-amerikanische Wirtschaftsallianz abgeschlossen würde, zu einem Ereignis zweiten Ranges herabsinken. Eine Entente zwischen England und Amerika würde bedeuten, daß diese beiden Länder an sich eine formale politische Allianz nicht abschließen, daß sie aber künftighin die Center der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt sein werden.

Aufgebaut ist diese Entente auf den Forderungen der Washingtoner Konferenz sowie auf den Forderungen, die der amerikanische Kongreß so oft erwog, daß eine Herabsetzung der Rückzahlungen einen Ausgleich zwischen den Einkünften und Ausgaben der